Niederschrift
über die 26. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am **Mittwoch, 15. Februar 2023, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Wolfgang Decker, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Selina Holtermann, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Frau Sophie Eltzner)
Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne
Gernot Rönz, Mitglied, B90/Grüne
Anke Bergmann, Mitglied, SPD (Vertretung für Frau Ramona Kopec)
Mirko Düsterdieck, Mitglied, SPD
Patrick Hartmann, Mitglied, SPD
Dr. Ron-Hendrik Hechelmann, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU (Vertretung für Herr Dr. phil. Michael von Rüden)
Maximilian Bathon, Mitglied, CDU
Dr.-Ing. Norbert Wett, Mitglied, CDU
Sabine Leidig, Mitglied, DIE LINKE
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Sascha Bickel, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme
Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates
Dr. Thomas Nöcker, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD
Dr. Susanne Völker, Stadträtin, parteilos
Nicole Maisch, Stadträtin, B90/Grüne
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Thorsten Bork, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI
Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Stefan Rios, Amt für Kämmerei und Steuern
Timo Vogt, Amt für Kämmerei und Steuern
Thomas Bergmann, Revisionsamt
Manfred von Alm, Liegenschaftsamt
Enrico Schäfer, Hauptamt

Tagesordnung:

1.	**Bericht zum Stand der Bewerbung als Fairtrade-Town**	101.19.648
2.	**Präventionskette für ein familienfreundliches und kindergerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihre Familien**	101.19.691
3.	**Kleingartengelände Fackelteich Abgeltung von Ansprüchen / Beendigung Pachtvertrag**	101.19.699
4.	**Aussetzen der Hundesteuer**	101.19.679
5.	**Nachhaltigkeitsmanagement im Haushalts- und Rechnungswesen**	101.19.696
6.	**Stärkung der kommunalen Resilienz in Kassel**	101.19.698
7.	**Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. April bis 31. März 2024**	101.19.708
8.	**Haushaltsbefragung Zensus 2022**	101.19.710
9.	**Änderung der Satzung über die Entschädigung von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlich Tätigen**	101.19.718

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 8. Februar 2023 ordnungsgemäß einberufene 26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. Bericht zum Stand der Bewerbung als Fairtrade-Town
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Januar 2023
Bericht des Magistrats
-101.19.648-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten über den Stand der Bewerbung Kassels als Fairtrade-Town (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8.11.2021, Teilnahme an "Fairtrade Towns-Kampagne" - 101.19.232 -) zu berichten.

Oberbürgermeister Geselle übergibt das Wort an Herrn Schäfer, Hauptamt, dieser berichtet über die Partnerschaft mit Karibu e. V. und über die Voraussetzungen einer Fairtrade-Town. Weiterhin informiert er über die Einrichtung einer Steuerungsgruppe und den Netzwerkausbau.
Im Anschluss beantwortet Herr Schäfer die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Präventionskette für ein familienfreundliches und kindergerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihre Familien
Vorlage des Magistrats
- 101.19.691 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Auf- und Ausbau einer Präventionskette für ein familienfreundliches und kindgerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihren Familien wird zugestimmt. Für die Umsetzung sind folgende Punkte sicherzustellen:

Einrichtung und Kofinanzierung einer kommunalen Koordinationsstelle.
Auf- und Ausbau einer kommunalen Gesamtstrategie für Kinder von 0-10 Jahren unter Einbeziehung relevanter Ressorts, Initiativen und freier Träger.
Ziel, bestehende Strukturen und Netzwerke wie z.B. Willkommen von Anfang an, Frühe Hilfen, Kita, Familienzentren, Schulen, Kinderrechtsinitiativen usw. maßgeblich in die Prozesse einzubeziehen und diese bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.“

Stadträtin Maisch erläutert die Vorlage des Magistrats.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Präventionskette für ein familienfreundliches und kindergerechtes Kassel für Kinder von 0-10 Jahren und ihre Familien, 101.19.691, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

3. Kleingartengelände Fackelteich
Abgeltung von Ansprüchen / Beendigung Pachtvertrag
Vorlage des Magistrats
- 101.19.699 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Kleingartenverein Fackelteich e.V. (KGV), dem Stadt- und Kreisverband der Kleingärtner Kassel e.V. (SKV), dem Land Hessen und der Stadt Kassel mit dem folgenden Inhalt wird zugestimmt:
   a. Sämtliche Ansprüche des SKV und des KGV gegen die Stadt Kassel und das Land Hessen im Zusammenhang mit der Bodenverunreinigung des Kleingartengeländes Fackelteich und der Beendigung des Pachtvertrages zwischen dem SKV und dem Land Hessen über das Kleingärtnergelände werden abgegolten.
   b. Die Mitglieder des KGV erhalten eine Abgeltung in Höhe von bis zu 4,2 Mio. €.
   c. Der SKV erhält eine Abgeltung in Höhe von bis zu 82.500,00 € für Mitgliederverlust und Anwaltskosten.

2. Dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel mit dem folgenden Inhalt wird zugestimmt:
   a. Die unter 1. b) und 1.c) genannten Abgeltungen tragen Stadt Kassel und Land Hessen zu jeweils 50 %.
   b. Die Kostenteilung ist vorläufig. Eine endgültige Regelung zur Kostenaufteilung zwischen Land Hessen und Stadt Kassel wird zu einem späteren Zeitpunkt getroffen.

3. Die Stadt Kassel beteiligt sich an den Kosten für die Räumung des Geländes des KGV nach dem Auszug der Kleingärtner (vorläufiger Verteilungsschlüssel 50:50).

4. Der Magistrat wird zur rechtsverbindlichen Umsetzung der Beschlüsse zu 1., 2. und 3. ermächtigt.“

Oberbürgermeister Geselle erläutert die Vorlage des Magistrats.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: DIE LINKE, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kleingartengelände Fackelteich
Abgeltung von Ansprüchen / Beendigung Pachtvertrag, 101.19.699, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

4. Aussetzen der Hundesteuer
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.679 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel wird 2022 angepasst. Rentner*innen, Bezieher*innen von Transferleistungen nach SGB II, SGB XII, dem AsylbLG und Wohngeldempfänger*innen bzw. Inhaber:innen der Teilhabecard werden auf Antrag künftig gänzlich von der Hundesteuer befreit. § 6 (1) der Satzung wird dementsprechend angepasst.

Darüber hinaus werden unter § 6(2) Tiere aus dem vom Bund gegen Missbrauch der Tiere e. V. in Kassel unterhaltenen Tierheim „Wau-Mau-Insel“ für 5 Kalenderjahre von der Hundesteuer befreit. Dies gilt auch für Tiere, die aus anderen Tierschutz- oder Tierrettungseinrichtungen kommen.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, beantragt die absatzweise Abstimmung des Antrages.

Der Antrag wird absatzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: DIE LINKE
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Aussetzen der Hundesteuer, 101.19.679, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: DIE LINKE, AFD
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Aussetzen der Hundesteuer, 101.19.679, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bathon

5. Nachhaltigkeitsmanagement im Haushalts- und Rechnungswesen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.696 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur Integration eines Nachhaltigkeitsmanagements in den kommunalen Produkthaushalt zu erstellen. Hierzu gehört es, langfristige Ziele zeitlich und organisatorisch für jedes betroffene Produkt in messbare Jahresziele zu zerlegen. Orientierungsgrundlage sind die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

Ein solches Nachhaltigkeitsmanagement ermöglicht die transparente Erfolgssteuerung der städtischen Nachhaltigkeit im gesetzlich geregelten Verfahren der kommunalen Haushaltsaufstellung. Die Erfolgsmessung der Nachhaltigkeitsziele verbessert die Entscheidungsgrundlage der Stadtverordnetenversammlung für den Einsatz kommunaler Mittel.

Die gesamtstädtische Konzepterstellung soll sich über den Haushalt der städtischen Verwaltung hinausgehend auch auf die städtischen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften beziehen. Soweit erforderlich, soll der Magistrat die Konzepterstellung ganz oder teilweise an einen externen Dienstleister ausschreiben.

Stadtverordneter Bickel, FDP-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: SPD, DIE LINKE, AfD
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Nachhaltigkeitsmanagement im Haushalts- und Rechnungswesen, 101.19.696, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Leidig

6. Stärkung der kommunalen Resilienz in Kassel
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.698 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen umzusetzen, um die Resilienz unserer kommunalen Strukturen zu stärken. Diese Maßnahmen sollen in eine kommunale Resilienzstrategie einfließen, die mit allen Akteuren in unserer Stadt und Region abgestimmt wird mit dem Ziel, Menschen und ihre Existenzgrundlagen bestmöglich zu schützen sowie die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit des Gemeinwesens zu stärken.

Hierzu betrachtet die Resilienzstrategie im Sinne eines umfassenden Risikomanagements alle Phasen des Risiko- und Krisenmanagementzyklus, also Prävention, Vorsorge, Bewältigung sowie Nachbereitung.

Dabei richtet die Strategie den Blick auf alle denkbaren Gefahren im Rahmen von Katastrophen und betrachtet diese auch über Zuständigkeiten von Fachbereichen und administrativen Grenzen hinweg.

Der Magistrat berichtet in der nächsten Sitzung des FiWiGru über den Stand der schon getätigten Maßnahmen und stellt einen Zeitplan zur Umsetzung der noch offenen Maßnahmen vor.

Stadtverordneter Dr. Wett, CDU-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: SPD, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Stärkung der kommunalen Resilienz in Kassel, 101.19.698, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bickel

7. Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. April bis 31. März 2024
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.708 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

Die Stadt Kassel erlässt den gewerblichen Nutzern öffentlicher Flächen für den Nutzungszeitraum vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 die nach Gebührengruppe III der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungs-gebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24. Januar 2000 in der Fassung der Zweiten Änderung vom 6. Dezember 2010 für zeitlich befristete Flächennutzungen zu erhebenden Sondernutzungsgebühren. Ausdrücklich ausgenommen sind Gebühren für dauerhafte Sondernutzungen.

Stadtverordneter Bickel, FDP-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag. Oberbürgermeister Geselle und Stadtrat Stochla beantworten die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: SPD
Enthaltung: DIE LINKE, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Erlass der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen in Kassel für den Zeitraum vom 1. April bis 31. März 2024, 101.19.708, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dreyer

8. Haushaltsbefragung Zensus 2022
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.710 -

Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Kasseler Einwohnerinnen und Einwohner haben an der Haushaltsbefragung im Zensus 2022 teilgenommen?
2. Wie viele Einwohnerinnen und Einwohner haben die Auskunft verweigert?
3. Welche Ergebnisse lassen sich aus der Haushaltsbefragung ableiten?
4. In welcher Form werden die Ergebnisse den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht?
5. Wie hoch waren die Kosten dieser Haushaltsbefragung?
6. Lässt sich insgesamt ein volkswirtschaftlicher Sinn dieser Haushaltsbefragung erkennen?

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

9. Änderung der Satzung über die Entschädigung von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlich Tätigen
Antrag der Stadtverordnetenvorsteherin
- 101.19.718 -

Antrag

Nach einer Erläuterung von Oberbürgermeister Geselle, ändert Stadtverordnetenvorsteherin Dr. van den Hövel-Hanemann ihren Antrag wie folgt ab.

- **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung entsprechend der nachfolgenden Punkte anzupassen und das Stadtrechtsverfahren für die Änderung der Satzung über die Entschädigung von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlich Tätigen einzuleiten.

Die geänderte Satzung soll ab dem nächst möglichen Zeitpunkt in Kraft treten. Die notwendigen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2023 ~~zu veranschlagen~~ **bereits berücksichtigt**.

Paragraph 3 der Aufwandsentschädigungssatzung wird um die folgenden Absätze 12 und 13 wie folgt angepasst:

(12) Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung erhalten zusätzlich eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 25,00 € pro Monat, wenn sie an der mobilen Gremienarbeit teilnehmen. Sollte eine Person zeitgleich Mitglied in mehreren politischen Gremien der Stadt Kassel sein, wird die zusätzliche Aufwandsentschädigung nur einmalig gewährt. Wenn auf anderem Weg ein mobiles Endgerät von der Stadt Kassel bereitgestellt wird, entfällt die finanzielle Entschädigung gänzlich.

(13) Für Personen, die nicht in der Lage sind sich mit Hilfe der 25,00 € ein mobiles Endgerät für die digitale Gremienarbeit anzuschaffen, gibt es die Möglichkeit einer Härtefallregelung. Diese ist beim Büro der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen und zu begründen. Unter diese Härtefälle fallen Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen und BAföG.

In diesen Fällen kann an Stelle einer monatlichen Aufwandsentschädigung zwischen zwei Alternativen gewählt werden. Zum einen kann ein Einmalbetrag in Höhe von maximal 500,00 € ausgezahlt werden.
Dieser Einmalbetrag wird auf die in Absatz 12 genannte zusätzliche Aufwandsentschädigung angerechnet und kann im Abstand von zweieinhalb Jahren beantragt werden.
Damit sind alle durch die Teilnahme am elektronischen Parlamentsinformationssystem entstehenden Kosten, insbesondere Beschaffung, Vorhaltung, Betrieb und Reparatur von Endgeräten sowie die Kosten des Internetzugangs abgegolten. Alternativ hierzu kann im Rahmen der Härtefallregelung auch die Bereitstellung eines Leihgerätes beim Büro der Stadtverordnetenversammlung beantragt werden.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann verliest eine Stellungnahme von Frau Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates, da diese heute nicht anwesend sein kann.

Stadtverordneter Augustin, CDU-Fraktion, gibt einen kurzen Bericht aus der Arbeitsgruppe „Digitalisierung“.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Stadtverordnetenvorsteherin betr. Änderung der Satzung über die Entschädigung von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlich Tätigen, 101.19.718, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Müller

Ende der Sitzung: 18:43 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin